

Entwicklungen & Trends 2023

Wald – der grüne Patient

von László Maráz

Die Waldkrise hat sich 2023 weltweit durch die extreme Verschärfung der Klimakrise deutlich ausgeweitet. Selbst Klimaforscher:innen waren überrascht von der Schwere der Ereignisse und der starken Zunahme der globalen Temperaturen. Enttäuschend war das Ausbleiben wirksamer Gegenmaßnahmen, die angesichts vieler dramatischer Ereignisse angebracht wären. Im Wesentlichen macht die Menschheit einfach so weiter – als ob nichts passieren würde.

So wurden weltweit wieder mehrere Millionen Hektar Waldflächen gerodet. Zusätzlich summieren sich die Flächen der verbrannten Wälder auf mehrere Millionen. Auch die hektische Betriebsamkeit bei der Forstwirtschaft täuscht ein wenig darüber hinweg, dass eine wirkliche Kehrtwende nicht sichtbar ist. Versprechungen hinsichtlich klimafreundlicher Holzverwendung oder dem Aufbau »klimastabiler« Wälder sind weit davon entfernt, die Probleme zu meistern.

Spannend gestaltet sich die Waldsituation in Brasilien unter der neuen Präsidentschaft, wo vom Regierungshandeln bis hin zur Waldnutzung indigener Völker viele unterschiedliche Faktoren über das Schicksal der Wälder bestimmen. Offen bleibt hingegen, ob und wie sich die verschiedenen Akteure der Forst-/Wald-/Holzszene vielleicht sogar gemeinsam für die Wälder engagieren können.

Wälder in der Klimakrise

Im vergangenen Jahr hat die Menschheit die globale Waldproblematik nicht zuletzt durch ihren Beitrag zur eskalierenden Klimakrise weiter verschärft. Die unübersehbaren Waldschäden und die ersten schlimmen Auswirkungen einer Klimakatastrophe führen die Waldpolitik auf die Suche nach Wegen, die Waldschäden zu beheben und weitere zu vermeiden. Die hilflos anmutenden Versuche, unsere Wälder »klimastabil« umzubauen, dürften angesichts des instabilen Klimas und dramatischen Versagens in der Klimaschutzpolitik geringe Erfolgchancen haben.

Besonders schlimme Folgen hatten die Hitze- und Dürreperioden auf die Wälder Kanadas. Allein im vergangenen Jahr verbrannten dort über 18 Millionen Hektar Wald, mehr als das Fünffache der bisher höchsten Waldverluste dieses großen Waldlandes. Auch in Brasilien nimmt derzeit die Zahl der Waldbrände dramatisch zu. Das Amazonasbecken ist nach

**Weltweit Rodungen
und verbrannte
Wälder**

**»Klimastabile«
Wälder bei
instabilem Klima?**

einer verheerenden Dürre stark ausgetrocknet. Immer mehr Regenwälder brennen. Auch in anderen Regionen wächst die Zahl und der Umfang der Waldbrände, was Regierungen wie in Kanada oder Brasilien jedoch nicht davon abhält, die Suche und Exploration neuer fossiler Erdöl- und Erdgasvorkommen voranzutreiben – so, als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun.

Aktionismus im Forst

Krise als Ausrede für Rodungen

In der Forstwirtschaft wird vor allem das eigene Geschäft propagiert. Zwar können auch geschädigte und noch unbeschädigte Forste weiter bewirtschaftet werden, damit der wertvolle Rohstoff Holz auf den Markt gelangt. Doch auch hier wird die Schaffung »klimastabiler Wälder« (alternativ: »klimaresilient«) versprochen, obwohl niemand weiß, wie das gehen soll. In einem instabilen Klima gibt es keine stabilen Wälder. Wie Wälder wachsen sollen, wenn es zu heiß ist und das Wasser fehlt, darauf gibt es keine Antwort. So wird die Krise leider zu oft fahrlässig als Ausrede, als Grund dafür benutzt, Flächen kahl zu räumen, neue Baumarten in zu großem Umfang anzubauen oder noch dichte Wälder stark aufzulichten und die Holzernte als Maßnahme zur Anpassung der Forste an die Klimakatastrophe zu rechtfertigen.

Mancher deutet auch einfach die bisherige Praxis mit rhetorischen Tricks um. Eine besonders krasse Argumentation: Wenn weniger Holz verbrannt werden dürfte, würden die Wälder sterben. Denn ohne die Einnahmen könne man den Waldumbau nicht finanzieren, so der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände Andreas Bitter.¹ Solch populistischer Aktivismus hilft in der Sache nicht weiter.

Holzwirtschaft: Kurzfristige Eigenwerbung statt langfristige Lösungen

Andere Akteure reagieren auf die dramatischen Entwicklungen mit weitgehend entbehrlichem Aktivismus. So hat der Deutsche Holzwirtschaftsrat (DHWR) kürzlich die Initiative »Holz rettet Klima« gestartet.² Dabei ist die Verwendung langlebiger Holzprodukte allemal ein gutes Beispiel für klimafreundliches Wirtschaften. Doch der großspurige Slogan führt die Öffentlichkeit in die Irre. Der Kohlenstoffgehalt der jährlichen Holzernte Deutschlands entspricht gerade mal einem Zehntel der Treibhausgasemissionen. Das allermeiste dieser Kohlenstoffmengen wird durch Verbrennung und andere Prozesse parallel zur Ernte wieder in die Atmosphäre abgegeben. Netto bleibt eine kleine Menge vor allem in den Holzbauten gespeichert, die den Einsatz energieintensiverer Baustoffe vermeiden. Ob das die Emissionen der Transporte und Verarbeitungsprozesse wettmacht, ist zwar fraglich. Und die Chance, anlässlich dieser Aktion auch alle anderen gesellschaftlichen Kreise (allen voran Politik und Wirtschaft) dazu aufzurufen, Klimaschutz voranzubringen, damit auch in Jahrzehnten noch Holz zum Verarbeiten nachwächst, wurde ebenfalls hier verpasst. Kurzfristige Eigenwerbung steht im Vordergrund.

Wald aufräumen – keine gute Idee

Komplette Säuberung der Schadflächen: unnötig und schädlich

Unter vielen Fotos von Kahlflächen in Tageszeitungen ist zu lesen, dass Dürre, Hitze und nicht zuletzt die Borkenkäfer den Wald geschädigt hätten. Doch weder haben die Borkenkäfer die gesamte Vegetation gefressen, noch konnten sie das Holz abtransportieren. Teilweise hat man befällene Fichten gefällt und entfernt, damit die jungen Käfer nicht die benachbarten Forste befallen. Doch eine komplette Säuberung der Schadflächen ist meist unnötig und sogar schädlich. Abgestorbene Bäume bieten diesen Käfern keine Nahrung, könnten also im Wald bleiben. Es kostet viel Geld, all das Kleinholz herauszuholen und zu geringem Preis zu vermarkten. Die nachfolgende Waldgeneration muss dann in Wind, Sonne und trockener Luft aufwachsen, ohne Feuchtigkeit speichernde und Nährstoff spendende Biomasse. In vielen Fällen könnte man stattdessen die wertvollsten Stämme bergen und verkaufen und dabei ausreichende Mengen an Biomasse auf der Fläche belassen.

Verschiedene Landesforstbehörden haben inzwischen Empfehlungen zum schonenden Umgang mit Schadflächen herausgegeben. Es gibt auch Beispiele, bei denen einfach alles so belassen wird. Man spart die Kosten und es zeigt sich teilweise überraschend gute und gemischte Naturverjüngung, die immer besser bewurzelt ist als die aus Baumschulen ausgegrabenen Setzlinge. Nachpflanzen ist dann immer noch möglich.

»Forstwirtschaft ist Klimaschutz«

Natürlich wirbt auch die Forstwirtschaft mit dem Klimaschutz für sich. So wird empfohlen, verstärkt Holz einzuschlagen, weil alte Bäume weniger schnell wachsen. Die jungen Bäume würden pro Jahr mehr Kohlenstoff aufnehmen. Zusätzlich würde das geerntete Holz in Form von Bauholz (Kohlenstoffspeicher) oder Energieholz (vermiedene Verbrennung fossiler Energieträger) die Klimaschutzwirkung verstärken. Leider wird hier unterschlagen, dass der Kohlenstoffspeicher Wald durch die Ernte massiv geleert wird. Die jungen Bäume brauchen viele Jahrzehnte, um den Speicher wieder auf den alten Füllstand zu bringen. Bis dahin wirken die Treibhausgase als Beschleuniger der Klimakrise.

Gerne wird auch behauptet, dass Wälder »unsere besten/wichtigsten Verbündeten« für den Klimaschutz seien. Der kranke, ja todkranke Patient soll also unser Fehlverhalten korrigieren, mit dem wir die Klimakatastrophe erst verursacht haben. So werben zahllose Initiativen für ihre Baumpflanzprojekte als wichtigen Beitrag zur Rettung des Weltklimas.

**Irreführende Werbung
für den Wald als
»Klimaschützer«**

Klimaschutz mit Holz?

Der größte Vorteil der Holzverwendung im Bau oder anderen langlebigen Produkten besteht darin, dass diese Erzeugnisse nicht jedes Jahr erneut hergestellt werden müssen. Man spart sich den Energieaufwand und das ist eine gute Sache. Einsparungen bei kurzlebigen Holzprodukten wie Papier und Brennholz könnten nun dabei helfen, Holzmengen für langlebigere Verwendungen zu reservieren. An Einsparungen haben Waldeigentümer (als Holzverkäufer) und Holz verarbeitende Betriebe aber ebenso wenig Interesse wie eine Metzgerei an der Werbung für vegetarische oder vegane Ernährung. In die Irre führen aber auch Stimmen, die fordern, weniger mit Holz zu bauen, weil die Wälder weltweit schwinden. Der Verzicht auf die Ernte dürrgeschädigter Fichten rettet in Brasilien keinen einzigen Baum.

In den kommenden Jahren können wir getrost mehr Holzbau betreiben, ohne die Wälder, Forsten und Naturverjüngung zu schädigen. Derzeit ist wegen der Schadereignisse mehr Nadelholz verfügbar, als der Markt aufnehmen kann. Am Bausektor herrscht Flaute, und der Holzbau kann nur verstärkt werden, wenn ausreichend Fachkräfte und Betriebe die Pläne umsetzen können. Eine Gefahr für unsere Forste ist hierdurch in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

**Mehr Holzbau
weiterhin möglich**

Bestätigt wird dies auch in einer neuen Studie des Öko-Instituts und INFRO zur Holzverwendung in Relation zur zukünftigen Waldentwicklung und dem daraus resultierenden Holzaufkommen. Das Forschungsteam stellt unter Berücksichtigung der Abschätzungen des Thünen-Institutes folgendes fest: Das Holzaufkommen wird zwar mittelfristig sinken, die Rohstoffkonkurrenz in verschiedenen Holzsegmenten steigen, trotzdem wird es genug Holz für den konstruktiven Bau geben.³

Energetische blockiert stoffliche Holznutzung

Auf den zahlreichen Bekenntnissen zur Klimafreundlichkeit der stofflichen Holznutzung liegt allerdings ein dunkler Schatten. Denn die energetische Holznutzung wird steuerlich mit allerlei Marktanreizen und Zuschüssen gefördert, die stoffliche Verwendung aber nicht. Eine Ungleichbehandlung der Marktteilnehmer mit schädlichen Nebenwirkungen. Es führt dazu, dass Energieholzverbraucher den Waldbesitzern und Sägewerken höhere Preise zahlen können als etwa die Holzwerkstoffindustrie. Die hat das Nachsehen, denn sie bekommt kaum Holz zur Herstellung ihrer Produkte wie Spanplatten oder OSB-Platten. Die stoffliche Nutzung, eigentlich klimafreundlicher als das Verbrennen, gerät so ins Hintertreffen.

**Fatale
Ungleichbehandlung
der Marktteilnehmer**

Nachhaltigkeit von Holzenergie

Das Deutsche Biomasseforschungszentrum (DBFZ) in Leipzig mahnt im Rahmen einer Studie ebenfalls an, die finanzielle Förderung der Holzverbrennung weitgehend zu unterlassen.⁴ Dies würde dazu führen, dass Holz sorgfältiger genutzt werde. Die Wissenschaftler:innen des DBFZ weisen darauf hin, dass die Klimaeffekte von Holzenergie stark von Herkunft, Verarbeitung und Nutzung von Holzbrennstoffen abhängen und pauschale Aussagen da-

her problematisch sind. Damit energetische Holznutzungen nachhaltig sind, müssen zudem auch weitere ökologische sowie ökonomische und soziale Faktoren beachtet werden. Selbst der regionale Bezug von Holzbrennstoffen aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern sei nicht immer ein Garant für nachhaltige Holzenergie, so die Leipziger Forscher:innen. Angesichts der unübersichtlichen Gemengelage ist es für Verbraucher:innen derzeit kaum möglich, eine eigene fundierte Entscheidung etwa für oder gegen eine Holzheizung zu treffen.

Das DBFZ empfiehlt daher eine Anpassung des politischen Rahmens für Holznutzungen. Hierdurch müsse sichergestellt werden, dass nur nachhaltige Holzenergie wettbewerbsfähig ist. Dafür ist erstens der Abbau klimaschädlicher Subventionen für Holzenergie, etwa in Form der pauschalen Förderung von Holzheizungen, notwendig. Sinnvoll für das Klima ist laut DBFZ stattdessen eine gezielte Unterstützung innovativer Technologien wie etwa hybride Wärmesysteme, in denen Holzenergie beispielsweise Wärmepumpen in Zeiten hoher Strompreise ergänzt. Zweitens sollte der Ausschluss der Holzenergie aus den Emissionshandelssystemen korrigiert werden, der ebenfalls eine pauschale Förderung darstellt, da keine Abgaben für die Emissionen zu bezahlen sind. Drittens müssen die Klimaschutzbeiträge von Wäldern und langlebigen Holzprodukten finanziell honoriert werden, so das DBFZ. Die soziale Abfederung der Wärmewende sollte nicht über die Förderung von Holzheizungen erfolgen, sondern klimaschonend gestaltet werden, beispielsweise über ein Klimageld.

**Nur nachhaltige
Holzenergie darf
wettbewerbsfähig sein**

Wälder als »Klimaretter« überfordert

Mit der Aufgabe, die viele Akteure dem Wald auftragen wollen, sind die Wälder hoffnungslos überfordert. Im allerbesten Fall könnten Wälder nur die Mengen Kohlenstoff aufnehmen, die wir ihnen in der Vergangenheit durch Rodung und Holzernte entnommen haben. Und auch das würde nur funktionieren, wenn wir alle ehemaligen Wälder wiederherstellen und alt werden lassen, um damit die historischen Emissionen aus den Waldverlusten wettzumachen. Die zusätzlichen gigantischen fossilen Emissionen aber können die Land-Ökosysteme nicht aufnehmen. Im Gegenteil: die aktuellen Waldverluste führen zu weiteren Treibhausgasemissionen.

Neues Bundeswaldgesetz – Streit im Vorfeld

Eines der neuen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Waldpolitik ist die laufende Novellierung des Bundeswaldgesetzes (BWaldG). Das aktuelle Gesetz von 1975 kennt weder Klimakrise noch Artensterben. Es schafft nicht die notwendigen Regelungen, unsere heimischen Wälder an die zunehmenden Extremwetter anzupassen und gegen die steigende Holznachfrage zu wappnen. Deshalb soll das dringend reformbedürftige Gesetz vollständig novelliert werden.

Noch bevor die entsprechende Vorlage der Fachbehörden bekannt wurde, veröffentlichten vier der größten Umweltverbände Deutschlands einen Gesetzesvorschlag, um beispielhaft zu zeigen, wie das neue Gesetz konkret ausgestaltet werden sollte, um den Anforderungen an den Wald gerecht zu werden.⁵ Das neue Gesetz soll den Erhalt und die Stärkung des Ökosystems Wald ins Zentrum rücken. Nur so können die natürliche Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit der Wälder gegen Klimafolgen gestärkt werden. Auch wichtige Funktionen des Waldes, etwa die Versorgung mit sauberem Wasser und reiner Luft, der Schutz vor Erosion und Fluten sowie seine Funktion als Kohlenstoffspeicher, Naherholungsort und Lebensraum unzähliger Arten sollen so gesichert werden. Die forstliche Waldbewirtschaftung würde dadurch mit dem in der Verfassung festgeschriebenen Erhalt der Lebensgrundlagen befriedet und in Zeiten hoher naturräumlicher Risiken langfristig gesichert.

**Umweltverbände legen
Gesetzesvorschlag vor**

Streit um Prioritäten

In einem der neueren Entwürfe wurden denn auch im 1. Paragraphen die Ökosystemeigenschaften und Funktionen von Wäldern an erster Stelle genannt. Zweck des Gesetzes sei, Wälder als Ökosystem, als wichtige natürliche Lebensgrundlage, Lebensraum für die wildlebende Tier- und Pflanzenwelt und natürlicher Kohlenstoffspeicher und -senke auch

in Verantwortung für die künftigen Generationen, dauerhaft zu erhalten. Erst an fünfter Stelle wird die Funktion als Wirtschaftsfaktor für Einkommen und Beschäftigung insbesondere im ländlichen Raum genannt, gefolgt von seiner Funktion als Erholungsraum für die Bevölkerung.

Obwohl nirgendwo geschrieben steht, dass die Wichtigkeit der Funktion davon abhängt, ob deren Nennung an erster oder letzter Stelle erfolgt, dürfte dies für viel Aufregung sorgen. Sinnvoll ist die Reihenfolge aber, weil von den erstgenannten Funktionen auch die Rohstofffunktion direkt abhängt. Nur gesunde Wälder können dauerhaft gute Rohstoffe erzeugen.

Schwammige Formulierungen wertlos

Die Umweltverbände forderten auch, insbesondere den schwammigen Begriff der »guten fachlichen Praxis« durch zeitgemäße, konkrete und rechtssicher formulierte Anforderungen für die private und öffentliche Waldbewirtschaftung zu ersetzen. Notwendig seien hierfür unmissverständliche Anforderungen an ein zukunftsfähiges Waldmanagement, klare Definitionen erklärter Ziele und erwünschter »guter Zustände« des Waldes sowie wirksame Regelungen für den Vollzug des neuen Gesetzes.

Leider werden im aktuellen Entwurf des Gesetzes bislang insbesondere die als »Sanitärhiebe« bezeichneten Kahlräumungen nach größeren Waldschädigungen (Dürre, Hitze) nicht verboten. Lediglich 5 Prozent der vormaligen Biomasse sollen erhalten bleiben. Niemand kann aber später überprüfen, wie viel Holz vor dem Schadensfall auf einer Fläche vorhanden war. Und 5 Prozent ist ohnehin meist die Holzmenge, deren Bergung oder Entfernung sich auf Schadflächen sowieso nicht rentiert. Bei jüngeren Beständen ist zudem dieser Anteil viel zu gering, um nachfolgender Verjüngung ausreichend Schutz vor Sonne, Wind und Austrocknung zu bieten. Hier müssten absolute Mindestmengen gefordert werden.

Die Reaktionen auf die Vorgabe der Umweltverbände insbesondere aus Kreisen der Waldeigentümer waren wütend.⁶ Auch der danach veröffentlichte offizielle Entwurf für das Gesetz wurde rundweg abgelehnt. Der Waldeigentümergeverband äußerte dabei weder fachliche Kritik, noch legte man eigene Vorschläge für umsetzbare Regeln vor. Man fragt sich, was die Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände dazu bewegt, mit derartigen verbalen Kahlschlägen jegliche Neuerung von Regulierungen zu verdammern. Mit dieser Art der Totalverweigerung tut man auch seinen Mitgliedern keinen Gefallen. Denn wer die Gesellschaft dazu auffordert, den Waldumbau und Gemeinwohlleistungen mit Steuergeldern zu honorieren, muss sich auf gesetzliche Grundlagen stützen können, die auch den Problemen unserer Zeit gerecht werden – und die sind nun mal andere als vor bald 50 Jahren, als das derzeitige Waldgesetz entstand.

**Kein Verbot der
»Sanitärhiebe« geplant**

**Wütende Reaktionen
und verbale Kahlschläge
der Waldbesitzer**

Blick in die Tropen

Waldsituation Brasilien

Die Waldvernichtung in Brasilien ist in der Weltöffentlichkeit immer schon ein wichtiges Thema gewesen. Der Amtsantritt der neuen Regierung unter Präsident Lula da Silva weckte Hoffnungen auf einen Rückgang der Entwaldung und verbesserten Waldschutz. Besonders Augenmerk liegt auf der Frage der Entwaldung und Brasiliens Rolle in der zukünftigen Klimapolitik. Hierauf konzentrieren sich auch die Erwartungen der indigenen Völker, die in dem Widerstand gegen die Bolsonaro-Regierung eine prominente Rolle eingenommen hatten. Die ersten Signale des gewählten Präsidenten waren sehr vielversprechend. Zum einen wurde zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens ein Ministerium für indigene Fragen eingerichtet und dies mit einer prominenten Vertreterin der indigenen Völker, Sônia Guajajara, besetzt. Zum anderen wird mit der Ernennung der international hoch angesehenen Marina Silva zur Umweltministerin ein starkes Zeichen dafür gesetzt, dass Umweltpolitik nun eine wichtige Rolle in der Regierungspolitik spielen soll. Eine erste eindrucksvolle Aktion war ein energisches Vorgehen gegen das illegale Goldschürfen in Amazonien.

Doch schon bald zeigten sich auch die ersten Konfliktlinien. Auf einem Treffen der Amazonasstaaten unterstützte die brasilianische Regierung nicht die Forderung von Kolumbiens

**Vielsprechende
Signale des
neuen Präsidenten
Lula da Silva**

**Konflikt um
Ölförderung am
Amazonas**

Präsident Petro nach einem Moratorium für neue Ölförderungen in Amazonien. Hintergrund ist die mögliche Erschließung von Ölvorkommen im Gebiet der Amazonas-mündung. Die Regierung ist in dieser Frage gespalten. Während das Energieministerium und der halbstaatliche Erdölkonzern Petrobras die Erschließung befürworten, hat das Umweltministerium Einspruch erhoben. Der Konflikt um das Öl am Amazonas zeigt auch, dass die Konfliktlinien quer durch die Regierung gehen. Der von Lula eingesetzte Präsident der Petrobras war bis dahin Senator für die PT und hat das wichtige Amt als Vertrauter Lulas gewonnen. Zurzeit ist völlig offen, wie dieser Konflikt ausgeht.

Einen Erfolg kann Lula jedenfalls verbuchen. Die Entwaldungszahlen sind im Jahre 2023 deutlich gesunken – zumindest im Amazonasgebiet. So sank die Entwaldung im Amazonasgebiet um 22,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum von August 2022 bis Juli 2023. Schaut man nur auf die Zahlen von 2023 ist der Rückgang sogar noch deutlicher. Die Entwaldung verringerte sich im September von 1.454 Quadratkilometer im Jahr 2022 auf 590 im Jahr 2023.

Geld oder Wälder?

Die Regierung steckt in einer Zwickmühle: Einerseits ist der Wille da, Wälder und Lebensräume indigener Völker zu schützen. Andererseits will, ja muss man auch die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft vor allem nach Arbeitsplätzen und Nahrungsmitteln befriedigen. Wie gehabt will man hier unter anderem mit Agrarexporten punkten, für die aber zwangsläufig große Landflächen in Anspruch genommen werden. Waldverluste sollen zwar durch Maßnahmen wie die neue europäische Verordnung zur Bekämpfung der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung (EUDR) vermindert werden (siehe hierzu den Beitrag von Katharina Brandt in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 227-232), doch solange es Abnehmer für diese Produkte gibt, werden direkt oder indirekt Landökosysteme weichen müssen.

**Entwaldungsrate im
Cerrado steigt**

Und so ist die Entwaldung im zweiten großen Ökosystemtyp Brasiliens, den Campos Cerrados (die großen Baumsteppen bzw. Savannen im trockeneren Nordosten Brasiliens), allein im September 2023 deutlich gestiegen – von 273 auf 517 Quadratkilometer. Hier breitet sich vor allem der Sojaanbau aus. Endgültige Zahlen für das gesamte Jahr liegen noch nicht vor, alles deutet aber auf einen deutlichen Anstieg der Entwaldung im Cerrado hin. Der Beweis für wahrlich nachhaltige, schonende Waldnutzung wird hingegen seit Jahrtausenden von Angehörigen indigener Völker erbracht, wie der Beitrag von Marie Prutzer und Kollegen beschreibt (siehe Anhang).

Dilemma zwischen Wachsen und Weichen

Die Bundesregierung ist mit dem gleichen Problem konfrontiert: So plädiert auch die Fraktion der Grünen im Bundestag für das Mercosur-Handelsabkommen mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Man sieht eine »historische Chance«, im Rahmen des EU-Mercosur Abkommens (Mercosur steht hier für den »Markt des Südens«) auch den Schutz des Regenwaldes zu verankern.⁷ Dahinter steckt die Hoffnung, die Regierung von Präsident Lula zu unterstützen, damit sie für ihre umwelt- und menschenrechtsfreundlichere Haltung auch im Inland Zustimmung erntet. Neben umsetzbaren und überprüfbareren Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz müsse eine praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen abgeschlossen werden.

**Streit um Mercosur-
Handelsabkommen**

Eine Anhörung, zu der man Menschenrechts- und Umweltverbände geladen hatte, verlief aber nicht wie erwünscht. Alle Verbände lehnten das Abkommen ab. Allein durch die Schaffung neuer Märkte und die Förderung vor allem der industriellen Landwirtschaft werden zwangsläufig weitere Landflächen beansprucht. Zwar könne man durchaus das Vordringen der Landwirtschaft ins feuchttropische Amazonasbecken weitgehend verhindern, die Waren in die Europäische Union exportiert. Doch allein durch indirekte Landnutzungsänderungen würden dafür andere Gebiete wie die Cerrados zerstört, die nicht in solchen Vereinbarungen berücksichtigt seien. Zudem bevorzugen solche Abkommen stets die Agrarindustrie, während die Kleinbauern und andere Landbevölke-

nung weiter ins Hintertreffen kommen (siehe hierzu den Beitrag von Bettina Müller in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 99-104).

Nicht Wälder, sondern wir müssen uns ändern!

In der Öffentlichkeit hat das Schicksal der Wälder durchaus Interesse geweckt. Spektakuläre Bilder von Waldbränden, aber auch von Quadratkilometer weiten Kahlflächen in deutschen Mittelgebirgen werden in den Medien gezeigt. Die weniger spektakulären Berichte und Analysen der Ursachen fortgesetzter Umweltzerstörung muss man hingegen in Fachmedien oder sozialen Netzwerken suchen. Die Mehrheit, auch aus der Wirtschaft und Politik, reagiert mit einem »Weiter so«. Man ist mit der Bewältigung der bekannten Alltagsprobleme beschäftigt.

So schaut man lieber weiterhin weg. Ignorieren, Verharmlosen und Leugnen sind die fatalen Reaktionen auf diese Krise. Selbst direkt und indirekt Betroffene aus Land- und Forstwirtschaft oder der Holzverarbeitenden Wirtschaft bleiben stumm. Man ruht sich noch eine Weile auf dem Polster der Schadholzmengen aus, hofft auf besseres Wetter, auf Millionen oder gar Milliarden Euro vom Steuerzahler oder spekuliert auf »klimastabil« umgebaute Zukunftswälder.

Menschen, die mit Straßenblockaden und anderen Aktionen versuchen, die Politik und Gesellschaft zur Lösung des Problems zu veranlassen, ernten meist Unverständnis, manchmal sogar harte Strafen. Auch die etablierten Verbände und andere Initiativen, die etwa im Waldnaturschutz zu retten versuchen, was zu retten ist, werden oft als Störer, Gegner, ja sogar als Feinde etablierter Gewohnheiten betrachtet. Dabei tun sie direkt und indirekt mehr für den Walderhalt und damit auch für den Schutz des Waldeigentums, als viele noch so gut gemeinte Pflanzaktionen bewirken können. Beispiel: Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat mit seinem Urteil vom 30. November 2023 auf die vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eingereichte Klage hin die Bundesregierung erneut zu mehr Klimaschutz aufgefordert.⁸ Besonders bemängelt wird die Untätigkeit im Verkehrsministerium und im Bausektor. Damit sind wir hoffentlich beim Klimaschutz einen wichtigen Schritt weiter und helfen auch, Wäldern weniger Schaden zuzufügen.

Wälder sind nicht deswegen geschädigt, weil sie sich nicht ausreichend auf die Klimakrise vorbereitet hätten. Oder dass die Bäume nicht schnell genug wüchsen, böse Schädlinge die

**Statt Krisenbewältigung:
Ignorieren,
Verharmlosen und
Leugnen**

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Wirksamer Klimaschutz ist die wichtigste Voraussetzung dafür, Natur- und Wirtschaftswälder zu erhalten. Ohne den Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger haben auch solche Wälder keine Chance, die vielleicht besser an zukünftiges Klima angepasst sind.
2. Für die Waldnutzung müssen messbare Regeln geschaffen werden, damit diejenigen Waldeigentümer gefördert werden, die sorgsam mit den Wäldern umgehen. Nur wenn Waldökosysteme möglichst voll funktionsfähig sind, können sie auch dauerhaft Holz und andere Produkte und Leistungen bieten.
3. Der Erhalt einer ausreichenden Auswahl von Waldökosystemen, die frei von Holzeinschlag gesetzlich geschützt sind, muss ebenfalls gefördert werden. Selbst wenn eine Holznutzung kurzfristig besser für



- den Klimaschutz wäre, ist der Erhalt der biologischen Vielfalt ein weiteres lebensnotwendiges Ziel.
4. Die Verwendung von Holz muss langlebiger und ökologischer organisiert werden. Mehrweglösungen für Packmittel, Holzfaserdämmstoffe, Baustoffe aus Laubholz und auch manche Erzeugnisse einer Bioökonomie könnten stärker umweltbelastende Produkte ersetzen, ohne dabei die Leistungsfähigkeit der Wälder zu überbeanspruchen.
5. Die Honorierung von Waldfunktionen, die Waldeigentümer:innen alternative Einkünfte bieten könnte, sollte die bisher fast ausschließlich rohstofforientierten Einkünfte teilweise ersetzen. Hierfür bedarf es allerdings klarer, messbarer Regeln und Mindestkriterien, damit die knappen Steuergelder diejenigen erreichen, die tatsächlich mehr leisten und dafür oft auf andere Einnahmen verzichten.

Pflanzen beschädigten oder die Menschen zu wenige Holzhäuser bauen würden. Nicht der Wald, sondern wir Menschen müssen uns ändern, umstellen und waldschädigendes Verhalten abstellen! Da das unbequem ist, arbeitet man sich lieber am erkrankten Patienten Wald ab, der sich mehr anstrengen soll, damit er für uns das Klima »retten« kann. Die allwissenden Menschen helfen ihm dabei: aufräumen, pflanzen, mehr Holz einschlagen, mehr Holz verbrennen, leistungsschwache und anfällige heimische Baumarten durch wuchsstarke und widerstandsfähigere neuere Baumarten ersetzen.

So gelingt es, die Aufmerksamkeit von der eigenen Mitverantwortung abzulenken: auf Baumarten, Insekten und das Wetter. Eigene Fehler zugeben? Änderung der eigenen Praxis ankündigen? Selbstkritisch darüber nachdenken, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist oder unternommen wurde? Fehlanzeige! Dieses Verhalten ist auch bei vielen Politiker:innen und Parteien und Verbänden zu beobachten. Es hilft aber nichts: Wir müssen unsere Lebensweise auf dramatische Weise umstellen. Was anderes bleibt uns nicht übrig.

Falsche Hoffnungen – mangelnde Selbstkritik

Anmerkungen

- 1 A. Deter: Wald und Grundbesitzer sauer: »Entwurf des Bundeswaldgesetzes voller handwerklicher Fehler«. In: top agrar online vom 1. Dezember 2023 (www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/entwurf-des-bundeswaldgesetzes-voller-handwerklicher-mangel-13537284.html?fbclid=IwARotU-DAZp-dioIgd66JOAKw-x7tts5SUx79wwov4x_avQLBn-hvn9n4dL74).
- 2 »Holz rettet Klima. Deutsche Holzwirtschaft startet Initiative für verstärkte Holznutzung«. Pressemitteilung Deutscher Holzwirtschaftsrat (DHWR) vom 22. November 2023 (www.holzindustrie.de/pressemitteilungen/4167/deutsche-holzwirtschaft-startet-initiative-fuer-verstaerkte-holznutzung-.html).
- 3 M. Pfeiffer et al.: Referenzszenario der Holzverwendung und der Waldentwicklung im UBA-Projekt BioSINK. Öko-Institut Working Paper 4/2023 (www.oeko.de/publikation/referenzszenario-der-holzverwendung-und-der-waldentwicklung-im-uba-projekt-biosink/).
- 4 »Nachhaltigkeit von Holzenergie: DBFZ veröffentlicht Diskussionspapier und empfiehlt klimafreundlichere Energieförderung«. Pressemitteilung Deutsches Biomasseforschungszentrum (DBFZ) vom 15. November 2023 (www.dbfz.de/pressemediathek/presse/pressemitteilungen/nachhaltigkeit-von-holzenergie-dbfz-veroeffentlicht-diskussionspapier-und-empfehl-klimafreundlichere-energiefoerderung).
- 5 »Bundeswaldgesetz: Den Wald gegen die Klimakrise wappnen«. Pressemitteilung Deutscher Naturschutzring (DNR) vom 11. Oktober 2023 (www.dnr.de/presse/pressemitteilungen/bundeswaldgesetz-den-wald-gegen-die-klimakrise-wappnen).
- 6 »Waldbesitzer weisen den Vorschlag der Natur- und Umweltverbände für ein neues Bundeswaldgesetz auf das Schärfste zurück«. Pressemitteilung Die Waldeigentümer (AGDW) (ohne Datum) (www.waldeigentuerer.de/waldbesitzer-weisen-vorschlag-naturverbaende-bwaldg-zurueck/).
- 7 »Mercosur-Abkommen nur mit verbindlichem Waldschutz«. Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Mai 2023 (www.gruene-bundestag.de/themen/wirtschaft/mercotur-abkommen-nur-mit-verbindlichem-waldschutz).
- 8 »BUND-Klimaklage: Bundesregierung zu mehr Klimaschutz verurteilt«. Pressemitteilung Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vom 30. November 2023 (www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/bund-klimaklage-bundesregierung-zu-mehr-klimaschutz-verurteilt/).



László Maráz
Koordinator der Dialogplattform
Wald des Forum Umwelt &
Entwicklung.

maraz@forumue.de

Effizienzsteigerungen in der Landwirtschaft schützen Wälder nicht – indigene Völker schon

von Marie Pratzer

Wenn die landwirtschaftliche Produktion intensiver wird, etwa durch neue Technologien oder effektivere Pestizide, benötigen Landwirt:innen weniger Nutzfläche und schützen Ökosysteme so automatisch mit. So lautet die verbreitete »land sparing«-These, die in der Vergangenheit als Grundlage für Nachhaltigkeitszertifikate gedient oder sogar unter dem Anspruch nachhaltiger Entwicklung gefördert wurde. Nur: diese vereinfachte Lösung funktioniert meistens nicht.

Höhere Erträge – höhere Waldverluste ...

Eine Studie, die ich mit Kolleg:innen 2023 in der Fachzeitschrift *Nature Sustainability* veröffentlichten konnte,¹ hat gezeigt, dass höhere Erträge in den letzten 20 Jahren in den tropischen Trockenwäldern nicht zu weniger Waldverlust geführt haben. Im Gegenteil – die Intensivierung von Landwirtschaft scheint die Rodung sogar noch weiter anzukurbeln. Dieser Befund war besonders stark in Ländern, in denen hauptsächlich Rohstoffe für Exportmärkte produziert werden, wie Kaffee, Palmöl oder Soja, anstelle von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung. Wirklich überraschend ist es nach Jahrzehnten neoliberalen Agrarkapitalismus nicht, dass Agrarkonzerne auf finanzielle Anreize reagieren und ihre Gewinne in die Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen reinvestieren. Umso alarmierender ist es, dass an vielen Stellen immer noch auf Marktmechanismen und verbesserte Technologien gesetzt wird, um die tropischen Wälder zu schützen. Das ist auch deshalb ein fataler Fehler, da die Entwaldungs-Hotspots in den Tropen fast immer in direktem Zusammenhang mit globalen Lieferketten stehen.

Gleichzeitig fanden die Autor:innen heraus, dass lokales Bevölkerungswachstum in keinem Zusammenhang mit dem Rückgang tropischer Trockenwälder in den letzten 20 Jahren stand. Debatten um die Verantwortung der ländlichen Lokalbevölkerung am tropischen Waldverlust sind also wenig zielführend.

Die Studie blickte speziell auf tropische Trockenwälder, weil diese Wälder so wichtig sind, für die globale Artenvielfalt, als Kohlenstoffspeicher und für den Lebensunterhalt von Hunderten von Millionen Menschen. Leider sind diese Wälder aber gleichzeitig sehr schlecht geschützt und verschwinden vielerorts. Vor allem seit dem Beginn des Sojabooms und der Entwicklung neuer, trockenheitsresistenterer Anbausorten breitet sich die industrielle Landwirtschaft besonders rasant in diesen Gegenden der Welt aus, so z. B. in der Cerrado- und Chaco-Region in Südamerika oder den Indochina-Wäldern in Südostasien.

... nicht so bei indigener Landnutzung

Eine bemerkenswerte Erkenntnis der Studie ist, dass es eine Ausnahme gibt, in denen höhere Erträge tatsächlich zu einer geringeren Abholzung führten: Regionen, die von indigenen Völkern bewohnt oder verwaltet werden. Indigene Völker verwalten mehr als ein Viertel der globalen Landmasse und folgen dabei oft keiner marktwirtschaftlichen Logik. Ihre Landnutzung beruht oft auf kollektivem Besitz, traditionellen agroökologischen Praktiken und Verteilungsprinzipien, die zu einer nachhaltigen Nutzung von gemeinschaftlichen Ressourcen führen. Tatsächlich bilden Natur und Wälder oft die Grundlage kultureller indigener Identitäten. Während diese positive Wirkung von indigener Landverwaltung auf Naturschutz in letzter Zeit in einigen wissenschaftlichen Studien hervorgehoben wurde, lieferten indigene

Intensivierung der Landwirtschaft heizt Rodungen an

Lokales Bevölkerungswachstum spielt bei Waldverlusten keine Rolle

Indigene Landnutzung: höhere Erträge – geringere Abholzung

Expert:innen seit Langem Belege für die unzähligen ökologischen Werte ihrer Gebiete. Indigene Territorien zu schützen, bedeutet also, Ökosysteme zu bewahren.

**Indigene Territorien
schützen bedeutet
Ökosysteme bewahren**

Diese Ergebnisse der Studie sind vor allem deshalb relevant, da die Ansichten indigener Völker und ihre Rolle in Politik und Planung oft marginalisiert oder vernachlässigt wurden und werden. Gerade in Umweltschutzdebatten ist die Unterstützung und Ermächtigung indigener Völker leider weiterhin nicht selbstverständlich – aber essenziell. Auf der letzten UN-Biodiversitätskonferenz (COP15) wurde vereinbart, 30 Prozent der Erdoberfläche bis zum Jahr 2030 unter Schutz zu stellen. Bei der Umsetzung eines derart ambitionierten Ziels ist die Beteiligung indigener Völker von entscheidender Bedeutung, ebenso wie die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte.

Anmerkungen

- 1 M. Prutzer et al.: Agricultural intensification, indigenous stewardship and land sparing in tropical dry forests. In: Nature Sustainability, published online February 9, 2023 (<https://doi.org/10.1038/s41893-023-01073-0>).



Marie Prutzer

promoviert am Geographischen Institut der Humboldt Universität zu Berlin zum Thema Naturschutz und Landnutzung.

marie.prutzer@hu-berlin.de